



AUS SICHT DER REDAKTION

Schuldenbremse, runder Tisch und Wahrheit

*Liebe Leserin,
lieber Leser,*
**die rheinland-pfälzische Polizei
und mit ihr die GdP haben ein turbu-
lentes Jahr hinter sich. Schulden-
bremse, „Optimierung“ der Polizei,
Lenkungs- und Arbeitsgruppen, der
runde Tisch zur Situation der Poli-
zei, der Aufruf zu „Mut zur Wahr-
heit“ sind Schlagworte, die immer
noch aktuell sind und uns in das
neue Jahr 2013 begleiten werden.**

Der Begriff „Vollzeitäquivalente“ ist aus Sicht der GdP das Wort des Jahres. Endlich ist es gelungen, die damit verbundene Sichtweise auf den tatsächlichen Personalbestand in der politischen Diskussion zu etablieren. Auf dieser Basis lässt sich hoffentlich eine zukunftsfähige Einstellungspolitik über 2016 hinaus formulieren. Hoffnung gibt auch der Hinweis von **Minister Roger Lewentz**, dass die Organisationsveränderungen, beispielsweise bei K/2 oder bei K/6, einer späteren Evaluation zugeführt werden sollen.

Im noch laufenden Diskurs über die Frage, ob die polizeiliche Wirklichkeit

der Ausführungsebenen tatsächlich auch Grundlage strategischer und politischer Entscheidungen ist, tun wir gut daran, nicht die Frage nach dem persönlichen Vorwurf oder der Lauterkeit der Beteiligten zu stellen. Um es klar zu sagen: Die GdP hat keine persönlichen Vorwürfe erhoben, beklagt aber, dass es eine zuweilen tiefe Kluft zwischen der arbeitstäglichen Wahrnehmung der Kolleginnen und Kollegen und der öffentlichen Darstellung gibt.

Es geht uns um die Frage, wie es gelingen kann, dass das „Organisationsgedächtnis“, also alles Wissen und alle Erfahrungen, die es in der Polizei gibt, in wichtige Grundsatzentscheidungen einfließen. Das würde dann auch vermeiden helfen, dass die Kolleginnen und Kollegen die Schere zwischen ihrer beruflichen Wirklichkeit und politischen Aussagen besser schließen können. Vielleicht bringt die laufende Diskussion ja Erkenntnisse darüber, wie das Phänomen des „Filterns“ oder des „Weichspülens“ über die Hierarchieebenen hinweg entsteht.

Die GdP – und an ihrer Seite die Redaktion der DEUTSCHEN POLIZEI – wird weiterhin nach Kräften die DGB-Kampagne für eine Verbesserung der

Einnahmesituation des Staates und der Ausfinanzierung eines leistungsfähigen öffentlichen Sektors unterstützen.

Bürgerinnen und Bürger, die heute noch Verständnis für die Schuldenbremsenpolitik von Bund und Ländern aufbringen, werden dieses Verständnis in dem Maße verlieren, wie sie feststellen müssen, dass die Daseinsvorsorge darunter gravierend leidet. Es wird zunehmend öffentlich, dass gleichzeitig die Vermögen in unserer Volkswirtschaft mit atemberaubender Geschwindigkeit von unten nach oben verteilt werden und siebenmal so schnell wachsen, wie die Verschuldung von Bund, Ländern und Kommunen.

Es muss Schluss damit sein, dass die Gewinner der Finanzkrise hofiert und vollgestopft werden, statt von ihnen einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens zu verlangen. Das werden die Menschen auf Dauer nicht dulden.

Wir auch nicht.
Bernd Becker
Landesredakteur



*Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Leserinnen und Leser,*

**die Gewerkschaft der Polizei in
Rheinland-Pfalz wünscht Euch und Ih-
nen frohe und besinnliche Festtage.**

**Lassen Sie uns im neuen Jahr immer
daran denken, dass wir in allen Lebens-
lagen – auf der Arbeit, wie im Privaten
– die Gemeinschaft über den individuel-
len Nutzen stellen. Die Botschaften
der Weihnachtsgeschichte und der
Bergpredigt sollten uns nicht nur zur
Weihnachtszeit Verpflichtung sein.**

Euer und Ihr

GdP-Landesvorstand



8. BA-STUDIENGANG EINGESTELLT

Großes Interesse an der GdP „Wir wünschen alles Gute“

Im Oktober wurde der 8. Bachelor-Studiengang in die rheinland-pfälzische Polizei eingestellt. 171 neue Kolleginnen und Kollegen nahmen ihr interessantes und praxisbezogenes Studium an der Fachhochschule der Polizei/Landespolizeischule auf. Nach einer ersten Eingewöhnungsphase fand am 17. Oktober der „Tag der Begegnung“ statt, an dem sich auch die GdP als starke Solidargemeinschaft und Interessenvertretung vorgestellt hat. Die Fotos (Werner Hilmer) zeigen Eindrücke von der kurzweiligen Veranstaltung.

Bei Redaktionsschluss hatten bereits 116 neue Kolleginnen und Kollegen den Weg in die GdP gefunden. Die GdP wünscht allen neuen Kolleginnen und Kollegen alles Gute für ein erfolgreiches Studium. Herzlich willkommen!



Von Mensch zu Mensch: Die Kollegin Nicole Marhöfer, JUNGE GRUPPE, im Gespräch mit einer interessierten Kollegin.



Der große Andrang belegt das Interesse an einer Mitgliedschaft in der GdP, mit nahezu 7600 Mitgliedern die mit Abstand leistungsfähigste Polizeigewerkschaft in Rheinland-Pfalz.



„Das ist der kleine aber wichtige Unterschied zum Mitbewerber“, scheint der Landesvorsitzende Ernst Scharbach den interessierten jungen Kolleginnen zu erklären.



Sorgen dafür, dass alles verstanden ist, was unterschrieben wird: Jürgen Schmitt, KG PD Trier, Claudia Clout, GdP-Geschäftsstelle, und Rita Schumacher, KG LPS



Die GdP-Männer von der Landespolizeischule: v. l.: Thomas Lenz, Roland Grenner, Bernhard Schweitzer

RÜCKSPIEGEL NOVEMBER-AUSGABE

Mut zur Wahrheit

Im November haben wir gemeldet, dass es auf den Leitartikel von Ernst Scharbach aus allen Ebenen der Polizei positive Rückmeldungen gegeben hat. Dies ist nicht so geblieben. Kollegen in Führungsfunktionen haben sich persönlich angegriffen gefühlt und ihrer Empörung Ausdruck verliehen; teils öffentlich, teils als direkte Rückmeldung an den Autor. Siehe dazu auch Seite 1.

KompAS für Schichtarbeiter

Im November gab es eine Meldung über das Präventionsprogramm KompAS, mit dem Rentenversicherung und Industrie versuchen, Schichtarbeiter bei der Gesunderhaltung zu unterstützen. Aufmerksame Leser weisen darauf hin, dass die in der Polizei seit vielen Jahren etablierten gesundheitsorientierten Stresstrainings im GdP-Kommentar unerwähnt blieben. Vielen Dank für die Hinweise. Wir haben uns vorgenommen, über die tolle Arbeit in den Stresstrainings zu berichten.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-tp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Bernd Becker (v.l.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: bernd.becker@gdp-rlp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



LANDESPOLITIK

CDU: Polizei nicht handlungsunfähig sparen

Die CDU-Fraktion des rheinland-pfälzischen Landtags rief eine „Woche der Inneren Sicherheit“ aus. In rund 40 Terminen besuchten Abgeordnete der CDU Dienststellen im gesamten Land, um sich vor Ort ein eigenes Bild der Lage zu machen. Ziel einer CDU-Delegation um den Polizeisprecher Matthias Lammert war auch die GdP-Geschäftsstelle in Mainz-Hechtsheim.



Besprochen in den GdP-Räumen Themen rund um die innere Sicherheit und die Polizei. V. l. n. r.: Matthias Lammert (CDU), Margarethe Relet (GdP), Marlies Kohnle-Gros (CDU), Heinz Werner Gabler (GdP), Mira Torner (GdP), Johannes Zehfuss (CDU), Ernst Scharbach (GdP) und GdP-Mitglied Adolf Kessel (CDU)

Anlässlich des CDU-Besuches bei der GdP-Geschäftsstelle in Mainz dankte **Ernst Scharbach**, Landesvorsitzender der GdP, der CDU für ihre beharrliche parlamentarische Arbeit, die ihren Teil dazu beigetragen habe, einen Fortschritt zu erreichen.

„Der Widerstand der GdP, der Kommunen, der Bürgerinnen und Bürger sowie die Diskussionen im Parlament haben einen großen Druck auf die Regierung ausgeübt, die Polizei im Land nicht handlungsunfähig zu sparen.“

Ergebnisse runder Tisch besprochen

„Die Bereitschaft der Regierung, sich mit dem DGB und der GdP an einen „runden Tisch“ zu setzen, war auch Ergebnis Ihrer Arbeit“, so Scharbach.

Weitere Themen der Diskussion waren die Organisationsveränderungen im Bereich der Kriminalpolizei, ebenso wie die Beförderungssituation, die Kennzeichnungspflicht für geschlossene Einheiten und die Schließung des BePo-Standortes Schifferstadt, um nur einige angesprochene Punkte zu nennen.

INTERVIEW MIT MATTHIAS LAMMERT

„9000 Vollzeitäquivalente garantieren“

Die DEUTSCHE POLIZEI hat Fragen an Matthias Lammert, Polizeisprecher der CDU-Fraktion des rheinland-pfälzischen Landtages.

DP: Wie sehen Sie die aktuelle Situation der rheinland-pfälzischen Polizei?

Lammert: Wir halten die Personalausstattung bei der Polizei für hochproblematisch und nicht auf dem Stand, der notwendig wäre, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden. Sorgen bereitet uns der hohe Krankenstand und die zunehmende Zahl dienstunfähiger oder nur eingeschränkt dienstfähiger Beamter. Die Landesregierung hat keine Vorsorge getroffen für die zusätzlichen Personalausfälle durch die Gewährung von Elternzeit oder Teilzeitbeschäftigung in Elternzeit sowie Vollzug der Mutterschutzvorschriften. Die enorme Belastung zeigt auch die Zahl von 1,7 Millionen Überstunden. Der Personal-mangel ist überall bei der Polizei zu spüren. Kurz: Die Lage ist kritisch.

DP: Wie bewerten Sie die Ergebnisse des „runden Tisches“.

Lammert: Die CDU begrüßt, dass es nun in Einzelfragen zu Verbesserungen kommen soll. Das ist auch auf den Druck zurückzuführen, den wir u. a. im Parlament auf die Landesregierung ausgeübt haben. Die Erhöhung der Einstellungszahlen ist aber längst nicht ausreichend, um die Pensionierungswelle der nächsten Jahre abzufedern. Die Einführung für Sonderkonten für die bisher aufgelaufenen Überstunden wirft mehr Fragen als Antworten auf. Auch wird das grundsätzliche Problem der hohen Überstunden-zahlen nicht gelöst.

DP: Die Landesregierung benützt erstmals den Begriff „Vollzeitäquivalente“ und will den Stand 1. 5. 2011 halten. Wie bewerten Sie das?

Lammert: Die CDU-Landtagsfraktion fordert seit Jahren im Parlament, mindestens eine Polizeistärke von 9000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Vollzeitäquivalenten zu garantieren.

DP: Die GdP ist gegen die Schließung des Standortes Schifferstadt ...

Lammert: Es gibt keine plausiblen polizeitaktischen Erwägungen, den Standort zu verlegen.

DP: Die Landesregierung möchte die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in geschlossenen Einheiten individuell kennzeichnen. Ihre Haltung?

Lammert: Das führt zu einer Kriminalisierung der Polizei und sendet – bei zunehmender Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte – vollkommen falsche Signale. Eine individuelle Kennzeichnung ist nicht nötig und wird von der CDU abgelehnt.

DP: Eine Einschätzung zur Beförderungssituation bitte.

Lammert: Es gibt aktuell bei der Polizei einen Beförderungsstau. Viele Funktionsinhaber werden nicht entsprechend besoldet. Es sollte geprüft werden, ob bei der Polizei nicht Regelbeförderungen eingeführt werden sollten.

Danke für das Gespräch.



ERFAHRUNGSAUSTAUSCH IM WORKSHOP S & K

Aufgaben und Arbeit der Personalstärke anpassen

Erfahrene Kolleginnen und Kollegen aus dem ganzen Land, acht von der Schutz- und acht von der Kriminalpolizei, trafen sich auch in diesem Jahr wieder im GdP-Hotel Peifer in Brodenbach zum Austausch von Erfahrungen, zur Bewertung der durch Innenminister Roger Lewentz bisher getroffenen Organisationsentscheidungen und zur Diskussion über mögliche Entwicklungslinien bei abnehmender Personalstärke.

Johannes Kunz, Leiter der AG 6 des Optimierungsprozesses und Referatsleiter im ISIM, skizzierte den Sachstand seiner Arbeitsgruppe und referierte mit Unterstützung des Kollegen Matthias Päselt zum Thema „Bearbeitung von Massenkriminalität“.



Die Seminarteilnehmer mit den Teamern Bernd Becker und Helmut Knerr beim obligatorischen „Familienfoto“.

An den beiden Seminartagen gab es kaum ein aktuelles Thema oder Problem, das nicht aus allen Perspektiven, denen der unterschiedlichen Behörden und Dienststellen, aber auch aus Sicht der GdP beleuchtet wurde.

Es wurde deutlich, dass es durchaus unterschiedliche Ausprägungen bei Aufbauorganisation und Stellenbesetzungen im Land gibt. Beispiele sind das neue K/6 sowie die gemeinsamen Jugendsachgebiete mit und ohne Führungsfunktion.

Zu den Themenbereichen „Bearbeitung von Massenkriminalität“ und „Neue Einsatzleitsysteme / Gemeinsame Organisation des Wechselschichtdienstes“ wurden am zweiten Seminartag Arbeitsgruppen eingesetzt, die Grundsätze und „Leitplanken“ formulierten. Die gemeinsame Darstellung des Wechselschichtdienstes im Verbund mehrerer Dienststellen ist demnach kein Allheilmittel für sehr viele Standorte. Für kleine Dienststellen wird aber unter Umständen die Chance gesehen, für den Fall sich weiter verschärfender Personalknappheit Reaktionsmuster zu entwerfen, die gewährleisten, dass der grundsätzliche Charak-



Johannes Kunz (rechts) und Matthias Päselt referierten nicht nur, sondern waren auch sehr interessiert an Erfahrungen und Rückmeldungen der Seminarteilnehmer.

ter des Standortes als Polizeiinspektion mit den dazugehörigen Dienstleistungsangeboten und inneren Strukturen erhalten bleibt.

Das Ergebnis der AG „Massenkriminalität“, dokumentiert vom Kollegen Uwe Hammes, hat die GdP bereits schnurstracks in die laufende Diskussion eingespeist.

Unter Leitung von Dietrich Gödker, Vorsitzender des Fachausschusses Kriminalpolizei, hat sich eine dritte AG mit dem Thema „Umgang mit gefährlichen (entlassenen) Straftätern“ befasst.

KURZ & KNACKIG

Wohnpauschale angepasst

Zum 1. 1. 2013 wird wegen der „erfreulich hohen Wohnraumauslastung“ an der Landespolizeischule die Wohnraumpauschale von derzeit 114 auf 111 Euro abgesenkt. Daraus ergibt sich eine monatliche Zahlung von 86,36 Euro, vorher 88,70 Euro.

Neuer Tatbestandskatalog kommt erst 2013

Nach Zustimmung des Bundesrates am 21. 9. 2012 wird zum 1. 4. 2013 die Neufassung der StVO in Kraft treten. Die Beschaffung neuer Handversionen des damit einhergehenden neuen „Tatbestandskataloges OWI“ wird daher auf das Jahr 2013 verschoben. So die Auskunft aus dem ISIM.

GdP-BESUCH

Meinung der Polizei gefragt



GdP-Chef Ernst Scharbach schaute bei seinem Besuch in der PD Wittlich auch bei Caroline Schug, seit Oktober 2011 Leiterin der PI Wittlich, vorbei. Sie fühlt sich bei Mitarbeitern und Vorgesetzten gut eingebunden und unterstützt. Zupass kam ihre Bewährungsstation in der KI Wittlich, die sie vor ihrer Zeit in Hilstrup absolvierte. In dieser Station ist derzeit Kollegin Jacqueline Schröder, die sich auf die begleitende Hilfe von Kollegin Schug stützen kann. Als besonders spannend empfindet Schug die intensive Einbindung durch die kommunalen Gebietskörperschaften ihres Zuständigkeitsbereiches: „Die Meinung der Polizei ist vielfach gefragt und akzeptiert.“



GdP BEI JUSTIZMINISTER HARTLOFF

Kompetenzen klären und Synergien erwirtschaften

Im Oktober trafen Vertreter der rheinland-pfälzischen GdP (Ernst Scharbach, Bernd Becker, Dietrich Gödker, Katrin Lellmann, Verena Horn, Uli Murek) den Minister der Justiz und für Verbraucherschutz, Jochen Hartloff, in seinem Amtssitz in Mainz.



V. l.: Ernst Scharbach, Verena Horn, Katrin Lellmann, Minister Jochen Hartloff, Uli Murek, Dietrich Gödker, Bernd Becker

In angenehmer Gesprächsatmosphäre war die Forderung der GdP nach einer obligatorischen Begutachtung von V.I.S.I.E.R.-Probanden auf deren Gefährlichkeit hin und deren Therapierung in der Straftat Gegenstand des Gesprächs. Würden diese Forderungen umgesetzt, könnte das von den Probanden nach Haftentlassung drohende Gefährdungspotenzial einerseits reduziert und andererseits aber auch besser beurteilt werden, um hieran die aus präventivpolizeilicher Sicht erforderlichen Anschlussmaßnahmen ausrichten zu können. Minister Hartloff kündigte an, dass künftig die Therapierung in der Straftat verstärkt werden soll und im Rahmen der Neuregelung der Unterbringung verkürzte Wiederbegutachtungsfristen vorgesehen sind. Einigkeit herrschte darüber, dass eine stärkere Vernetzung der einzelnen neben der Polizei beteiligten Stellen wie Führungsaufsicht, Gerichtshilfe oder der Sozialdienste in den Justizvollzugsan-

stalten anzustreben ist. Die unterschiedlich bewertete Anordnungs-kompetenz für Blutproben, insbesondere nach nächtlichen Trunkenheitsfahrten, bereite in der Praxis immer noch Probleme, trug Katrin Lellmann, Eingriffsrechtlerin an der Landespolizeischule, vor.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sind, sofern ein Richter nicht erreichbar ist, die Staatsanwaltschaft und – nachrangig – deren Ermittlungspersonen befugt, die betreffende Anordnung zu erlassen. Danach wäre z. B. auch für die Blutprobenentnahme nach § 81a StPO bei nächtlichen Trunkenheitsfahrten (ein richterlicher Bereitschaftsdienst während der Nachtzeit besteht nicht) grundsätzlich der Bereitschaftsstaatsanwalt anordnungs-befugt.

Entsprechend der Verfügung der Generalstaatsanwaltschaften Koblenz und Zweibrücken aus 2009 geht die Staatsanwaltschaft in diesen Fällen jedoch von einer Anordnungs-kompetenz der Polizei aus und will nachts nicht angerufen werden. Die Arbeit der Polizei werde alleine durch die zeitliche Verzögerung erschwert. Situationen skalieren, Widerstände, Gefangenenbefreiungen und wachsende Aggressionen sowie Ausdehnung der Freiheitsbeschränkung sind die Folge verzögerter Entscheidungsabläufe.

Die GdP: Da von der Anordnungs-befugnis die Rechtmäßigkeit der Maßnahme abhängt, besteht hier das dringende Bedürfnis einer Klärung der unterschiedlichen Rechtsauffassungen. Seitens des Justizministers wurde insofern zugesagt, diese Problematik bei einem im Dezember stattfindenden Treffen mit den Generalstaatsanwaltschaften thematisieren zu wollen.

Gegenstand der Gespräche waren zudem Ergänzungen zum Meldegesetz (Nachweis der Wohnsitznahme) und der elektronische Datenaustausch zwischen Polizei und Justiz über die bloßen Vorgangsdaten hinaus. Hier herrschte Einvernehmen darüber, dass in diesem Bereich wertvolle Synergien zu erwirtschaften sind. Fortschritte sind in den kommenden Jahren zu erwarten.

Katrin Lellmann

FRAUEN IN DER BEREITSCHAFTSPOLIZEI

Ohne gezielte Ansprache geht es nicht

Frauen gehören schon seit langem zum Bild der Bereitschaftspolizei. Trotzdem sind sie noch nicht überall vertreten. Das war Anlass für ein Gespräch der Landesfrauen-gruppe mit dem Leiter der BePo, Klaus Werz.



V. l. n. r.: Isabell Steyer, Nicole Marhöfer, Klaus Werz, Steffi Loth, Verena Horn

Akzeptanz von Teilzeit

Zusammen wurde versucht zu ergründen, woran es liegen könnte, dass es landesweit nur sechs Gruppenführerinnen gibt und Frauen somit in dieser Führungsebene sehr gering vertreten sind. Neben fehlenden Vorbildern dürften hier unserer Meinung nach auch die Ortswechsel häufig ein Problem sein, die für ein Weiterkommen in Kauf genommen werden müssten.

Auch die fehlende Akzeptanz von Teilzeitkräften könnte eine Rolle spielen, von den Teilzeitkräften der BePo sind immer-

hin 80% Frauen. Um genau letztere anzusprechen, hat die BePo ein Pilotprojekt aufgelegt, in dem Frauen in Teilzeit angesprochen werden, sich zu beteiligen. „Ohne eine gezielte Ansprache geht es nicht“, sagt Klaus Werz. Gerade auch für den höheren Dienst ist es nicht einfach, geeignete Nachwuchskräfte zu finden, das ist auch bei den Männern nicht einfach. Wobei Frauen durchaus gute bis sehr gute Referenzen aufweisen. Die Bereitschaftspolizei ist immer mehr Durchgangsstation, und nur ein kleiner Teil verbleibt für längere Zeit in den Einheiten. Da muss man von Seiten der Behörde aktiv werden und kann nicht nur zuwarten, bis sich der oder die Richtige meldet.

Fortsetzung auf Seite 6



GEMEINSAM FIT MIT DER GdP

Strammes Programm für eine lustige Gruppe

Frühgymnastik über der Saarschleife, Rückenschule, autogenes Training und Lachyoga waren die Bausteine des diesjährigen viertägigen Aktiv-Programms im Gesundheitszentrum Orscholz, organisiert durch Margarethe Relet mit dem Präventionsveranstalter AKON.



Ein strammes Übungsprogramm erwartete die 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die teilweise mit Partner oder Partnerin angereist waren.

Die abwechselnden Trainingseinheiten zwischen Bewegung und Entspannung regten Körper und Geist an und machten in der Gruppe so viel Spaß, dass einer der Trainer, dessen Eltern bei der Polizei beschäftigt sind, anmerkte: „Eine solch lustige Gruppe habe ich noch nie betreut!“

Die gute Stimmung setzte sich abends beim gemütlichen Beisammensein fort

und das Thema Dienst wurde nur am Rande gestreift.

Insgesamt mal wieder eine tolle Veranstaltung und das Motto „Gemeinsam bewegen macht mehr Spaß“ hat sich voll und ganz bestätigt. Die Rückmeldung eines Kollegen: „Diese Gesundheitstage haben uns gut getan. Vielen Dank für die Organisation.“

Die Kosten tragen die Teilnehmer/-innen übrigens selbst; gesetzlich Versicherte erhalten je nach Krankenkasse allerdings einen Zuschuss zu den Präventionsmaßnahmen.

KENNZEICHNUNGSPFLICHT

HPR Polizei lehnt ab



Was haben die Comic-Panzerknacker und die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei sowie der Mobilien Eingreifgruppen gemeinsam? Richtig, die individuelle Nummerierung zur Erleichterung der Strafverfolgung.

Das durch die Kennzeichnungspflicht zum Ausdruck gebrachte Misstrauen gegenüber der rheinland-pfälzischen Polizei ist wohl nur mit solchem Galgenhumor zu ertragen.

Der Hauptpersonalrat Polizei hat in seiner November-Sitzung jedenfalls die Einführung der Kennzeichnungspflicht abgelehnt und verzichtet nicht auf die Einigungsstelle.

Helmut Knerr: „Das wird man uns schon erklären müssen, warum das so wichtig ist, dass es sogar in den Koalitionsvertrag geschrieben werden musste.“

FRAUEN IN DER BEREITSCHAFTSPOLIZEI

Fortsetzung von Seite 5

Behörde aktiv

In die Spezialeinheiten schaffen es derzeit nur Ausnahmetalente, hier ist es seitens der Leitung ausdrücklich gewünscht, mehr Frauen hineinzubekommen, um ein gemischtes Team schaffen zu können. Hier werden auch die zuständigen Führungskräfte noch einmal sensibilisiert. Was die Leistung und Auswahltests angeht, hat Klaus Werz Bedenken gegenüber einer Quotierung.

Gegen Quotierung

Er glaubt, die Frauen müssten die Leistung gleich wie die Männer zeigen, sonst fänden sie keine Akzeptanz in einer Spezialeinheit.

Frauen in die erste Reihe

Aber auch der Einsatz von Frauen in den Einsatzhundertschaften wurde angesprochen. Wir sind der Überzeugung, dass die Frauen im Einsatz nicht nur Fahrzeugführerinnen sein dürfen, son-

dern auch vorne in die erste Reihe müssen. Und wenn es denn so ist, dass es körperliche Defizite zu geben scheint, dann sollten diese durch gezieltes Training abgebaut werden. Diesen vorgetragenen Aspekten will Herr Werz nachgehen und prüfen, ob dem wirklich so ist.

Die Delegation der Landesfrauengruppe traf bei dem Gespräch auf einen sehr offenen Leiter der Bereitschaftspolizei, der unseren gewerkschaftspolitischen und insbesondere frauenpolitischen Themen aufgeschlossen gegenüberstand. Vielen Dank!





NEU +++ NEU +++ NEU +++ NEU

Fachwörterammlung

Deutsch-Englisch
Englisch-Deutsch

Aus der Praxis für die Praxis

Autor: Horst Mehlinger, SEK RP

Taschenbuchausgabe 10/2012

Nachschlagewerk mit Erläuterungen und Beispielen auf 256 Seiten!

Preis: **7,95 €** zzgl. Versand

Für **GdP-Mitglieder: 5,00 €** zzgl. Versand

PSW Rheinland-Pfalz GmbH
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Tel.: 06131 - 96009 31
psw-rp@gdp-online.de
www.psw-rp.de

Skisafari 2013 in Südtirol mit PSW-Reisen GbR

Busfahrt aus dem Raum Stuttgart

Preis **350,- Euro**, 4 volle Tage Skifahren,
Termin: **Donnerstag, 17. 01. – Sonntag, 20. 01. 2013**
Preis **580,- Euro**, 1 Woche Skifahren,
Termin: **Sonntag, 17. 03. – Samstag, 23. 03. 2013**

Leistungen: Fahrt mit einem modernen Reisebus aus dem Raum Stuttgart nach Villandes/Südtirol. Preise sind DZ/HP p.P. im Hotel Hubertus mit Hallenbad/Sauna. Täglicher Transfer mit unserem Bus jeden Tag in ein anderes großes Skigebiet in Südtirol. Begleitetes Skifahren (wer möchte). Auch für Langläufer, Schneeschuh-Wanderer (geführt) und Spaziergänger geeignet. Näheres auf Nachfrage.



DIENSTUNFALL: GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTEN

Dank für Engagement der GdP

Der Kollege Norbert Göbel, organisiert in der Kreisgruppe Westerwald/Rhein - Lahn, bringt mit einem Brief an die GdP seine Dankbarkeit für die Unterstützung nach einer sehr belastenden Gewalterfahrung zum Ausdruck. Hier der Brief in Auszügen:

Sehr geehrte Damen und Herren,
mit diesem Schreiben möchte ich meinen Dank an die Gewerkschaft der Polizei und insbesondere an Achim Eggert (GPR PP Koblenz) und Markus Stöhr richten.

Nach einem Dienstunfall im Jahr 2001 erlitt ich ein posttraumatisches Belastungssyndrom, nachdem mich jemand mit einem Messer angegriffen hatte. Seither

bin ich in psychologischer Behandlung. Meine Probleme nahmen stetig zu, so dass ich nach fast 25-jähriger Tätigkeit im Polizeieinzeldienst in den Innendienst versetzt wurde. Die Gewaltdelikte, die ich zum Teil im Bezirksdienst bearbeitete, setzten mir zusätzlich zu. Irgendwann verrichtete ich nur noch Dienste, die durch einen Verwaltungsangestellten hätten getätigt werden können. Dies nagte an meinem Selbstwertgefühl und ich trauerte der Zeit nach, als ich noch in der Lage war, meinen gewählten Beruf ausüben zu können.

Auch ich habe, wie andere Kollegen, leider die Erfahrung gemacht, dass man auf sich alleine gestellt ist, wenn man sich im Dienst körperliche oder psychische Probleme zugezogen hat. Es wird nicht ausreichend aufgeklärt, welche rechtlichen Möglichkeiten man in einer solchen Situation hat. Wenn man nun auch noch – wie ich – psychische Probleme hat und Abstand zu dem Ereignis wahren möchte, das zu der Erkrankung geführt hat, stößt man bei der rechtlichen Abwicklung bei anderen Behörden oft auf Unverständnis.

Aus diesem Grund nahm ich mit meinen Kollegen Achim Eggert im Frühjahr Kontakt auf und schilderte ihm meine Probleme. Achim Eggert handelte sofort und kurze Zeit später hatte ich einen Termin beim Gewerkschaftssekretär und Rechtsanwalt Markus Stöhr, den ich bis zu diesem Zeitpunkt nicht kannte. Achim Eggert stand mir bei und begleitete mich sogar zu diesem Termin.

Mit einer solchen Unterstützung habe ich nicht gerechnet.

Nachdem Herr Stöhr Kenntnis von meiner Situation erlangte, hatte ich das erste Mal das Gefühl, gehört und ernstgenommen zu werden. Ich hatte sofort die Gewissheit, dass dies der richtige Weg sei und ich durch die GdP so unterstützt werde, wie ich mir das erhoffte. So kam es dazu, dass ich keinerlei Probleme mit der ADD, ZmU Mainz und OFD bei der Abwicklung meines Dienstunfalles hatte und einen qualifizierten Dienstunfall anerkannt bekam. Dies wäre ohne den Beistand der GdP, insbesondere Herrn Stöhr, alleine nicht zu schaffen gewesen. Alle Formalitäten, bis hin zur Pensionierung am 1. 8. 2012, wurden durch ihn getätigt.

Die GdP war in dieser Phase für mich ein starker Partner. Ich hoffe, dass auch andere Kolleginnen und Kollegen ein so großes Engagement seitens der GdP erfahren werden.

Nochmals vielen Dank dafür.

Norbert Göbel

ALLES GUTE IM RUHESTAND

Heinz-Jürgen Körper,
KG PD Pirmasens

Jürgen Leienberger,
KG PD Pirmasens

Bernd Hartmann,
KG WW/Rhein-Lahn

Harry Kihl,
KG PP Westpfalz

Wilfried Scheiffing,
KG PP Westpfalz

Herbert Lukas,
KG PD Wittlich

Eugen Wunschel,
KG Sudpfalz

Rudolf Fuchs,
KG PD Pirmasens

Josef Karbach,
KG PP/PD Koblenz

Harry Keller,
KG PP Westpfalz

Helmut Krames,
KG BePo WIL-Wengerohr

Werner Lacmann,
KG PD Kaiserslautern

Christoph Kränzel,
KG WW/Rhein-Lahn

Dr. Reinhard Mühling,
KG BePo Mainz

Michael Stengler,
KG Vorderpfalz

Gerhard Umlauf,
KG PP Westpfalz

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

80 Jahre

Hans-Karl Fröder,
KG BePo Mainz
Ruthard Richter,
KG Vorderpfalz

70 Jahre

Josef Klinker, KG PP/PD Koblenz
Bernd Haas, KG PP Westpfalz
Heinz Bergmann, KG Rhein-Nahe

JUBILAR ALEX ZILS 60 Jahre GdP

Die Kreisgruppe BePo Mainz holte jetzt die Ehrung des Kollegen Alex Zils für 60 Jahre Mitgliedschaft in der GdP nach. Franz Zils vom Kreisgruppenvorstand überreichte die Urkunde im Beisein der Tochter und verband die Ehrung mit den besten Wünschen zum 90. Geburtstag. Alex Zils ist vielen Kolleginnen und Kollegen auch heute noch als langjähriger Leiter des Sanitätswesens bei der Direktion der Bereitschaftspolizei in Erinnerung.



WIR TRAUERN UM:

Elisabeth Willers
93 Jahre
Ehefrau von Koll.
Heinrich Willers,
KG PD Trier

Holger Steinebach
41 Jahre
KG Westerwald/Rhein-Lahn

**Wir werden ihnen ein ehrendes
Andenken bewahren.**

